

## /Diskussionspapier

Dezember 2020

---

### **Podiumsdiskussion mit:**

- **Dr. Wolfgang Kraushaar (Historiker und Experte für linken Terrorismus)**
- **Dr. Mathias Middelberg (MdB/ CDU Fraktion Bundestag / Innenpolitischer Sprecher)**
- **Stefan Redlich (LKA Berlin)**
- **Linda Teuteberg (MdB / FDP Fraktion Bundestag / Mitglied im Innenausschuss)**

### **Thema: Linksextremismus**

*Die Veranstaltung ist Teil der Veranstaltungsreihe: „360 Grad – Bedrohungen für jüdisches Leben und Gefahren für die freiheitliche Demokratie.“*

### **Einordnung in den aktuellen Diskurs**

Nicht nur Rechtsextremismus und Islamismus bedrohen jüdisches Leben in Deutschland. Auch die extreme Linke blickt auf eine Historie voller Antisemitismus und Antizionismus zurück. Von antisemitischen Karikaturen und Agitationen bis hin zu Kooperationen mit dem palästinensischen Terrorismus, der auch in Deutschland zu zahlreichen Toten führte.

Doch auch die oftmals feindliche Haltung der radikalen Linken gegen Staat und Polizei gefährdet unser friedliches Zusammenleben. Angriffe auf PolizistInnen und Drohungen gegen JournalistInnen sind nicht zu akzeptieren. Der Verfassungsschutz konstatiert eine zunehmende Gewaltbereitschaft in der linksextremen Szene und ein sog. „Fallen von Hemmungen“. Es entstehen neue Zentren des Linksradikalismus.

Wie kann unsere Gesellschaft darauf angemessen reagieren? Ist sie auf dem linken Auge blind? Und welche Bedeutung hat der Antisemitismus und die Demokratiefeindlichkeit im Linksextremismus?

## **Einordnung linksextremer Straftaten und Gewalt**

### **Stefan Redlich:**

Im Jahr 2020 ist eine Zunahme linksextremer Straftaten zu beobachten. Allgemein ist dies immer eine phasenweise Entwicklung. Je nachdem welche Themen auf der tagespolitischen Agenda stehen, sehen wir Zu- und Abnahmen. Daher ist es wichtig einen längeren Zeitraum zur Bewertung der Situation in den Blick zu nehmen. In diesem Rahmen ist keine Steigerung über einen längeren Zeitraum zu beobachten.

Linksextreme Straftaten haben i.d.R. einen Themenbezug. Die Themen unterliegen durchaus einer Veränderung. 2015/2016 hatte es viel mit dem Thema Flüchtlinge zu tun. Aktuell sind die Themen Gentrifizierung, Antikapitalismus und Straftaten gegen rechte Strukturen sehr präsent.

Wir haben in Berlin weniger linksextreme, als rechtsextreme Straftaten. Es gibt jedoch mehr linksextreme Gewalttaten. Im rechten Bereich konstatieren wir sehr viele Propagandadelikte (Symbole, Hakenkreuze, Hitlergrüße etc.). Diese Art von verbotener Symbolik gibt es im linksextremen Bereich, bis auf ganz bestimmte Ausnahmen, praktisch nicht. Bei linksextremen Straftaten haben wir Branddelikte (zählt als Gewaltdelikt), viele Körperverletzungen und Landfriedensbruch.

### **Dr. Mathias Middelberg:**

Der Rechtsextremismus stellt neben dem Islamismus derzeit die größte Gefahr für die Innere Sicherheit in Deutschland dar. Der Gesamtblick auf die jeweilige Zahl der Extremisten zeigt jedoch keinen großen Unterschied zwischen den drei größten extremistischen Phänomenbereichen: Der Verfassungsschutz zählt 32.100 Rechtsextremisten, rd. 28.000 Islamisten und 33.500 Linksextremisten. Die Zahl der gewaltorientierten Extremisten bewegt sich zwischen ca. 9.200 (gewaltorientierte Linksextremisten) und 12.150 (Salafisten) bzw. 13.000 (gewaltorientierte Rechtsextremisten). Bei den Gefährdern stellen wir dagegen erhebliche Unterschiede fest: Die mit Abstand meisten Gefährder (ca. 600) sind Islamisten. Im Bereich des Rechtsextremismus gehen wir aktuell von um die 70-80 Gefährdern aus. Bei Linksextremen schätzen wir die aktuelle Anzahl auf 5 Personen.

Bei den linksextremistischen Straftaten hatten wir im Jahr 2019 einen deutlichen Anstieg im Vergleich zum Vorjahr, nämlich um knapp 40 Prozent von rund 4.600 Delikten in 2018 auf 6.449 im Jahr 2019. Bei den linksextremistischen Gewalttaten gab es seit dem G20-Gipfel zwar einen Rückgang. Betrachtet man allerdings die Art und Weise linker Gewalt, zeigt sich, dass in Bezug auf unmittelbare Gewaltausübung gegen andere Menschen Hemmschwellen fallen. Es gibt direkte Angriffe auf andere Menschen, die sogar zu Hause aufgesucht werden wie z.B. eine Immobilienmaklerin in Leipzig im November 2019. Das ist durchaus eine andere Qualität der Gewalt, die wir davor im Linksextremismus so lange nicht hatten. Davor waren es eher themenbezogene Straftaten auf Demonstrationen. Ob das eine längerfristige Entwicklung darstellt, muss beobachtet werden.

**Linda Teuteberg:**

Es fallen in der Tat Hemmschwellen. Die linksradikale Szene ist lokal unterschiedlich ausgeprägt. Jenseits der schwankenden Zahlen gibt es ein qualitatives Problem: Wer für sich in Anspruch nimmt, seine politischen Ziele mit Gewalt, und zwar sowohl gegen Sachen als auch gegen Personen, verfolgen zu dürfen, der stellt in Abrede, dass es genug friedliche und legale Möglichkeiten in unserer Demokratie gibt, sich politisch zu engagieren und für seine Überzeugungen zu streiten. Das ist ein sehr grundsätzliches Problem. Es rührt an den Grundfesten unseres Zusammenlebens, unserer Verfassungsordnung. Deshalb ist es auch wichtig, das Thema genauso in den Blick zu nehmen wie andere Formen des Extremismus.

**Dr. Wolfgang Kraushaar:**

Zur Bewertung der aktuellen Situation ist ein historischer Rückblick wichtig. Dadurch stellt man fest: Gewaltsame Übergriffe auf Einzelpersonen sind nichts Neues. In den 70er und 80er Jahren war dieses Phänomen bereits präsent. Gewalt gegen Immobilienmakler, Journalisten, Polizisten, Staatsanwälte und Richter. Das was hier als neu beschrieben wird, ist in Wirklichkeit nichts Neues. Insofern müsste man die Genese dieser Schwellenüberschreitungen herausarbeiten, beschreiben und versuchen zu analysieren. Und das ist nicht einfach. Das beginnt mit der Frage: Was heißt links? Wen zählt man zur Linken und von wem ist die Rede, wenn wir von „den Linken“ sprechen. Ist die Sozialdemokratie gemeint, ihre Jugendorganisation „Die Jungsozialisten“, oder reden wir von der Partei „Die Linke“? Oder sind es die Autonomen, oder andere eher subkulturell geprägte Gruppierungen? Wir finden hier ein sehr breites Spektrum vor. Insbesondere in Bezug auf das Thema antisemitische Gefährdung ist es enorm wichtig zu wissen, von wem man eigentlich spricht. Daher habe ich einen sehr großen Vorbehalt über „die Linke“ pauschalisierend als solches zu sprechen.

Den Begriff Linksextremismus gab es bis 1973 offiziell noch gar nicht. Von Seiten des Bundesinnenministeriums und der Behörden sprach man stattdessen von Radikalismus. Dieser Begriff wurde nun durch den des Extremismus ersetzt und das ist m.E. mit erheblichen Problemen verbunden. Um eine dynamische Entwicklung zu beschreiben würde niemand von „Extremisierung“ sprechen, aber so gut wie jeder von Radikalisierung.

Die Entwicklung der Linken hin zur Gewalt hat mit bestimmten Erfahrungen und historischen Konstellationen zu tun. Da war 1967/68 die Phase einer sich radikalierenden Studentenbewegung ausschlaggebend. Man hat sich aufgrund einer einzigen Erfahrung, der Ermordung des friedlichen Studenten Benno Ohnesorg durch einen Polizisten, stark radikalisiert. Das Ereignis war wie eine Misstrauenserklärung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen. Die damalige Unterscheidung zwischen Gewalt gegen Sachen und Gewalt gegen Menschen hat sich als illusionär erwiesen. Das ging alles sehr rasch.

**Stefan Redlich:**

Zum Thema Gewalt gegen Sachen: Vordergründig richtet sich die Gewalt gegen Sachen, aber das Ziel der Tat sind meist die Menschen dahinter. Opfer linksextremer Gewalt empfinden die Gewalt als Gewalt gegen ihre Sicherheit.

**Linda Teuteberg:**

Bestimmte Rechtfertigungsargumentationen von Linksextremen sind in den Mainstream eingegangen. U.a. die Argumentation mit Gewalt gegen Sachen gegenüber der gegen Menschen. Innerhalb der Linken ist das ein spannender Wertungswiderspruch: Es wird sehr schnell von struktureller Gewalt gesprochen. Für sich selbst unterscheidet man jedoch sehr genau und rechtfertigt über vermeintlich „strukturelle Gewalt“ sein Handeln. Wir müssen aufpassen, dass diese Haltung nicht im akzeptierenden Sinne in den Mainstream einsickert. Das würde die Grundlagen unseres Zusammenlebens in Frage stellen, wenn jemand für sich in Anspruch nimmt, Gewalt zur Erreichung seiner politischen Ziele einzusetzen.

In der FdGO gibt es kein Recht auf Widerstand. Im Zuge der Klimaschutzbewegung ist das immer wieder Thema, man wähle jetzt den Widerstand. Es ist legitim zu demonstrieren, politischen Druck durch Argumentationen aufzubauen. Aber man darf keine Aktionsformen nutzen, die eigentlich illegal sind. Wer in der aktuellen Situation vom „Recht auf Widerstand“ spricht, macht sich unglaubwürdig. Wir leben nicht in einer Diktatur.

**Dr. Wolfgang Kraushaar:**

Es gibt im Grundgesetz sehr wohl ein Recht auf Widerstand, zumindest seit 1968. Es geht um Art 20, Abs. 4. Dieser Absatz ist im Rahmen der Notstandsgesetzgebung hinzugefügt worden. Davon haben sich jedoch viele täuschen lassen. Denn dieses Widerstandsrecht ist sehr immanent gedacht und bezieht sich allein auf eine Situation, in der die Verfassungsordnung ausgehöhlt und außer Kraft gesetzt worden ist. Es gibt aber auch das Stichwort vom „zivilen Widerstand“, der vom Bundesverfassungsgericht bis zu einem gewissen Punkt akzeptiert worden ist. Daher ist die Widerstandsfrage verfassungsrechtlich einerseits nicht pauschal ausgeschlossen, andererseits aber praktisch nur sehr eingeschränkt möglich. Eigentlich nur als ziviler, und nicht als aktiver Widerstand.

**Dr. Mathias Middelberg:**

In einer Demokratie kommt Widerstand grundsätzlich nicht in Frage. Mehrheiten werden über Wahlen geschaffen. Man kann zu den Wahlen antreten. Erst wenn in Rede steht, dass diese Demokratie nicht mehr funktioniert, kann über Widerstand nachgedacht werden, um die Demokratie wiederherzustellen. Ein anderer Punkt ist wichtig: Im linken Spektrum hat man Probleme mit dem Mehrheitsprinzip. Es ist ganz wichtig, alle Wege der offenen Entscheidungsfindung zu akzeptieren. Es beinhaltet zu akzeptieren, dass man im Meinungsbildungsprozess verliert.

### **Antisemitismus in der Linken:**

#### **Dr. Wolfgang Kraushaar:**

Zu einer Beurteilung sind unterschiedliche Phasen von Bedeutung. In den 50er und 60er Jahren war kaum irgendwo eine Rede von linkem Antisemitismus. Hin und wieder gab es lediglich den Vorwurf, dass es Antisemitismus von kommunistischer Seite gegeben habe, insbesondere aus der DDR, der SED und der illegalen KPD. Das ist jedoch schwer nachzuweisen gewesen.

Interessanter ist die Entwicklung innerhalb der Kernorganisation der 68er-Studentenbewegung, dem SDS. Der hat sich seit Beginn der 50er Jahre sehr stark für Israel engagiert. So hat er sich z.B. hinter eine Initiative gestellt, die sich „Friede mit Israel“ nannte und die offen für Wiedergutmachungsaktivitäten eingetreten ist, als es noch kein Wiedergutmachungsabkommen gab. Einzelne Mitglieder dieser und ähnlicher Gruppierungen sind nach Israel gegangen und haben in Kibbuzim gearbeitet. Das hat sich aber durch den 6-Tage Krieg im Juni 1967 maßgeblich verändert. Man kann geradezu von einer Kehrtwendung um 180 Grad sprechen. Die Tatsache, dass Israel diesen Krieg gewonnen hat, war eigentlich gleichbedeutend mit einer Verkehrung des Opfer-Täter-Verhältnisses. Israel war zuvor als Staat der Opfer wahrgenommen worden. Danach haben nicht wenige linke Aktivisten versucht, Israel als Täterstaat zu delegitimieren und haben damit begonnen, mit palästinensischen Gruppierungen zu kooperieren. Das war der große Wendepunkt. Danach sind vor allem Palästina-Komitees gegründet worden und die 70er Jahre waren innerhalb der radikalen Linken von dieser Verschiebung geprägt. Die ersten offen antisemitischen Aktionen haben sich bereits im Frühjahr 1969 abgespielt. Die entscheidende Tat aber war die Bombe im jüdischen Gemeindehaus am 9. November 1969, am 31. Jahrestag des Judenpogroms der Nationalsozialisten. Die Bombe ist damals nicht detoniert. Aber die Symbolik ist schlimm genug gewesen. Das war der eigentliche Einstieg in den linksradikalen Antisemitismus. Wichtiger als der Träger der Bombe war allerdings der Initiator dieser Aktion: Dieter Kunzelmann, der ehemalige Kopf der Kommune 1. Er stammte sozusagen aus dem Herzen der anti-autoritären und linksradikalen Bewegung. Seine Gruppe war zuvor von den Palästinensern ausgebildet worden. Eine sehr schlimme Mischung, die dann auch tief in den linken Terrorismus hineingewirkt hat. Einigen wird das Stichwort Entebbe etwas sagen. Das war eine Flugzeugentführung durch zwei Deutsche, die eine Selektion zwischen Juden und Nicht-Juden durchgeführt haben. Das gilt als der Tiefpunkt des linken Antisemitismus in der alten Bundesrepublik.

#### **Stefan Redlich:**

Es gibt eine ganze Menge an antisemitische Straftaten in Berlin. Der absolute Schwerpunkt liegt im Bereich Rechtsextremismus, es gibt aber auch linksextrem motivierte, antisemitische Straftaten. Diese sind in Berlin immer im einstelligen Bereich. In den letzten Jahren gab es keine Gewalttaten, abgesehen von einer. Von den Schilderungen der 60er und 70er Jahre sind wir weit entfernt.

Antisemitische Straftaten von links beziehen sich meist auf „den Zionismus“. 2020 sind es bis jetzt 2 Taten, jeweils Sachbeschädigungen. Als Beispiel: „Der Wedding bleibt Problembezirk für Zionisten und Nazischweine“, darunter Hammer und Sichel. Die Anzahl ist jedoch seit 10 Jahren auf geringem Niveau.

**Dr. Wolfgang Kraushaar:**

Es ist keine Frage, dass die Gefährdungspotentiale aktuell in der politischen Rechten liegen. Man muss vorsichtig sein, wenn man dagegen die Geschehnisse rund um die G20-Proteste auszuwerten und als Terrorismus einzuordnen versucht. Einige Politiker bezeichneten dies als „Terrorismus der Straße“, das war jedoch kein Terrorismus. Das ist etwas Anderes. So geplant und konspirativ vorzugehen ist noch nicht per se Terrorismus. Es gab Schwellen, die nicht überschritten wurden.

Noch etwas Grundsätzliches: Es geht beim heutigen Antisemitismus immer um Implikation und Explikation. Also inwieweit Antisemitismus explizit formuliert wird, oder aber eher implizit zum Ausdruck gebracht wird. Das ist etwas, das seit der Nachkriegszeit sehr wichtig war, dass es kaum einen expliziten Antisemitismus von links gegeben hat. Das ist auf Seiten der politischen Rechten anders. So hat es z.B. an Heiligabend 1959 eine Schmieraktion gegen die Kölner Synagoge mit über 700 Nachfolgetaten gegeben. Man sprach daher von einer regelrechten antisemitischen Welle. Die Linke hat sich dagegen, wenn es bei ihr um Antisemitismus ging, sehr viel stärker auf Israel bzw. den Zionismus bezogen. Im Kern geht es dabei um die Frage des Existenzrechts für den Staat Israel. Das ist der Dammbbruch, den es auf linker Seite gab und noch immer gibt.

Auf der rechten Seite geht es dagegen um einen eliminatorischen Antisemitismus, mit dem Vernichtungswillen in seinem Kern. Das ist auf Seiten der Linken, abgesehen von ganz wenigen Ausnahmen, nicht erkennbar und insofern ein gravierender Unterschied, wenn wir über linken Antisemitismus reden. Das sollte man im Bewusstsein behalten. Gerade in Angesicht der aktuellen Bedrohung und dem Anschlag auf die Synagoge in Halle.

**Politische Strategien gegen Linksextremismus und linken Antisemitismus****Linda Teuteberg:**

Bei der Diskussion um impliziten und expliziten Antisemitismus ist es zwar wichtig, den Unterschied zu machen, ob Menschen direkt bedroht werden oder ihr Lebensrecht in Frage gestellt wird. Gleichzeitig haben wir jedoch subtile Formen des Antisemitismus in linken Argumentationen, die den Boden bereiten für antisemitische Taten. Wenn in außen- und wirtschaftspolitischen Debatten gewisse Verschwörungstheorien bedient werden, dann ist das schon sehr problematisch. Es ist wichtig, dass wenn gesellschaftliche Probleme angesprochen werden oder Menschen Dinge kritisieren, dafür zu werben, dass man keine Sündenböcke sucht und Verschwörungstheorien bemüht, sondern an der Sache orientiert argumentiert und solche Argumentationsmuster nicht einfach stehen lässt. Wo mit der Kapitalismuskritik und Antiamerikanismus Antisemitismus verbunden wird, muss man deutlich widersprechen. Dort gilt für Antisemitismus ähnlich wie für jede Form des Extremismus: Es gibt keine Spielart, die akzeptabel oder ethisch besser wäre. Es ist immer menschenverachtend und nicht vereinbar mit unseren Werten.

**Dr. Mathias Middelberg:**

Kritik etwa an der Politik der israelischen Regierung ist natürlich erlaubt, aber wenn das Existenzrecht Israels in Frage gestellt wird, sind die Grenzen des Hinnehmbaren überschritten. Auch wenn einige solcher Äußerungen auf den ersten Blick nicht explizit antisemitisch erscheinen, schaffen sie doch ein Klima, das zu antisemitischen Taten führen kann. Deshalb muss man den Anfängen wehren und sich in solchen Diskussionen klar dagegen positionieren.

Die Aufdeckung extremistischer Strukturen ist insbesondere durch die Entwicklung neuer Technologien und Kommunikationsmitteln schwieriger geworden, und zwar in allen Bereichen des Extremismus. Das begünstigt das Entstehen eines Meinungsklimas in allen Spektren, von dem sich Personen zu konkreten Taten animiert fühlen können. Viele Islamisten radikalieren sich beispielsweise im Internet oder mittels der Sozialen Medien. Aber auch der Täter des Anschlags auf die jüdische Synagoge in Halle war so ein Fall. Es ist nicht auszuschließen, dass wir solche Taten auch noch in anderen Spektren erleben werden. Daher ist es ganz wichtig, das Vorfeld intensiv in den Blick zu nehmen.

**Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden****Stefan Redlich:**

Was linksextremen Straftaten gemein ist: Es gibt einen Ethos der Verschwiegenheit. Polizei und Staatsanwaltschaft werden als Feind angesehen. Repression ist ein großes Thema. Im Internet kann man Anleitungen ansehen, wie man sich verhält, bei Kontakt mit der Polizei. Dass man niemals eine Zeugenaussage macht und mit niemandem spricht. Und das ist durchaus etwas, das wir bei den Ermittlungen merken. In anderem Umfeld ist es leichter möglich Aussagen zu bekommen. Wir sehen, dass es wirkt, wenn man sich darauf ein schwört, niemals irgendetwas zu sagen. Dass sich Linke untereinander anzeigen wäre eine absolute Ausnahme. Das gibt es durchaus in anderen Bereichen, z.B. im salafistisch/islamistischen Milieu. Da gibt es Personen die zwar Salafisten sind, aber mit Gewalt nichts zu tun haben wollen.

**Zur Unterscheidung und Vergleichbarkeit von Links- und Rechtsextremismus****Dr. Wolfgang Kraushaar:**

Es gibt eine verbreitete Annahme, dass Links- und Rechtsextremismus, gleich zu sehen und zu bewerten seien. Das mag objektivistisch betrachtet in der Tat so sein, dass man die Phänomene mit den gleichen Kriterien zu bewerten hat. Dem entspricht die sog. „Hufeisentheorie“, in der das als Metapher vor Augen gestellt wird. Ich bin kein Anhänger dieser „Hufeisentheorie“. Sie ist eine Vulgarisierung der Extremismustheorie, weil die Unterschiede, insbesondere beim Thema Judentum und Israel, auf der Hand liegen.

Der erste besteht darin: Von rechter Seite, aufgeladen von der nationalsozialistischen Vergangenheit, haben wir es mit einem eliminatorischen Antisemitismus zu tun. Und alles, was wir unter diesem Stichwort

diskutieren, steht im Schatten von Auschwitz. Das heißt jeder, der sich nach 1945 antisemitisch geäußert hat, muss das im Bewusstsein getan haben, wohin das geführt hat und immer noch führen kann. Rechte, die das in Anspruch für sich nehmen, setzen dadurch implizit so an, als wollten sie dieses Vernichtungsprogramm fortsetzen. Und das sehe ich als einen ganz gravierenden, entscheidenden Unterschied zur Linken an. Damit möchte ich nichts leichtfertiger behandelt sehen, was von linker Seite einen verkappten bzw. indirekten oder vielleicht auch expliziten Antisemitismus anbetrifft. Das ist ebenfalls zu verurteilen. Aber es gibt meines Erachtens diesen qualitativen Unterschied.

Das zweite ist und das scheint mir auch wichtig zu sein: Der linke Schriftsteller Gerhard Zwerenz hat 1976 in einer Debatte über Entebbe gesagt, dass sich Antisemitismus und Linkssein grundsätzlich ausschließen würden. Das heißt, er hatte ein kategoriales Vorverständnis. Wenn das die Überzeugung ist, ist das zumindest ein Vorteil in Bezug darauf, dass es nicht so sein sollte. Empirisch betrachtet ist das aber Unsinn, weil es Antisemitismus nachgewiesenermaßen auch in der Linken gibt. Ich würde sogar ergänzen wollen: Antisemitismus existiert auch in der politischen Mitte. Es gibt jedenfalls empirische Untersuchungen die zeigen, dass Antisemitismus auch dort vorhanden ist. Von daher: Man sollte aufpassen bei einer Gleichsetzung von links und rechts, bis in den Extremismus hinein. Dort gibt es entscheidende Unterschiede.

#### **Dr. Mathias Middelberg:**

Wenn man die beiden Extremismusformen betrachtet, ist ein erkennbarer Unterschied zu sehen: Die Linke agiert in vieler Hinsicht cleverer und charmanter. Sie stellt Ziele heraus, die verfolgungswürdige oder zumindest diskutabile Ziele sind, z.B. die Themen „bezahlbares Wohnen“ oder Klimaschutz. Rechtsextremisten agieren dagegen oft platter und mit eindeutiger zu verachtenden Zielen.

Die entscheidende Frage ist, ob zur Verfolgung der jeweiligen Ziele z.B. Blockaden zu rechtfertigen sind. Es wird argumentiert: Weil die Ziele so erstrebenswert sind, darf man auch Grenzen überschreiten, Gewalt gegen Sachen ausüben, oder Gewalt gegen die Polizei anwenden. Dabei wird vielfach zumindest ausgeblendet, dass unter dem Polizeihelm ein Mensch steckt. In einer Vermischung von Zielen und Sprache erfolgt eine Grenzüberschreitung.

Für jeden Demokraten ist jedoch klar: Die „guten“ Themen und Ziele rechtfertigen es nicht, die Grenzen der demokratischen Auseinandersetzung zu überschreiten.

#### **Stefan Redlich:**

Ich bin kein Freund von dem Vergleich, der auf eine Gleichsetzung hinausläuft. Bei Betrachtung der Art der Straftaten, kommt man zu einem unterschiedlichen Ergebnis. Von rechter Seite aus, sind diese geprägt von einem echten Vernichtungswillen gegen Individuen. Es werden über ausländerfeindliche Straftaten Menschen getötet. Wir hatten rechten Terrorismus in Deutschland lange nicht entdeckt. Auch durch die Sicherheitsbehörden nicht.

Diese brutalsten Formen haben wir aktuell im linken Milieu nicht. Es gibt Aktionsformen die durchaus vergleichbar sind: Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Aber das bedeutet für mich nicht, dass



das gleichzusetzen ist. Die Zahl der linksextremen Gewaltstraftaten ist höher. Was wir aber nicht haben, sind Morde durch Linksextreme. Es gibt Taten bei denen das Menschenleben billigend gefährdet wird, insbesondere gegenüber Polizisten, aber die Morde werden durch Rechtsextreme und Islamisten begangen.

### **Gesamtgesellschaftlicher Diskurs zum Thema Linksextremismus**

#### **Linda Teuteberg:**

In Pressestatements von Politikern der Linkspartei heißt es schnell, dass Aktivisten oder bestimmte Phänomene nicht kriminalisiert werden dürften. Man dürfe gewisses Handeln nicht kriminalisieren. Normale Formen des politischen Engagements sind jedoch nicht strafbar. Schon wer mit diesem Begriff arbeitet, unterstellt, dass es ein politisches Strafrecht gäbe und stellt dadurch unsere Demokratie in Frage. Was wir für eine wehrhafte Demokratie brauchen, ist ein Grundkonsens, dass bestimmte Regeln für alle gelten. Und wenn man sie nach politischer Opportunität anders handhabt, kommt man in extreme Glaubwürdigkeitsprobleme. Von links werden ja auch immer wieder Transparente in den Bundestag eingeschleust oder einheitliche Kleidung getragen. Ein Grundbewusstsein dafür zu haben, dass es der Demokratie, unserer Verfassungsordnung dient, sich an Gesetze und Regeln zu halten, ist elementar. Im Parlament soll man mit Worten überzeugen. Wenn man von linker Seite Überschreitungen akzeptiert, bekommt man Probleme, sobald man gegenüber einer anderen politischen Seite klare Ordnungsmaßnahmen ergreifen will. Ich würde mir wünschen, dass jeder dort die Verantwortung wahrnimmt und sich bewusst macht, was der Regelverstoß bedeutet, wenn er von einer anderen Seite kommt und welche Verantwortung man dafür trägt.

#### **Dr. Mathias Middelberg:**

Es kommt unter Linken vielfach zu „Verniedlichungen“ im eigenen Spektrum im Sinne von „Der Zweck heiligt die Mittel“ und „Wir überschreiten die Grenzen ja nur ein bisschen“. Wenn es z.B. Flaschenwürfe auf Polizisten gibt, heißt es, „na gut, das ist dann halt so“ oder auch „vielleicht hat die Polizei das provoziert“. Für mich ist das indiskutabel. Genauso inakzeptabel ist es, wenn schwarz maskierte Gruppen durch die Vorstadt marschieren und massenhaft Sachbeschädigungen anrichten. Es gibt zu viele im linken Spektrum, die davon beeindruckt sind. Einige haben sich distanziert, andere haben eine ganze Zeitlang gebraucht, um sich zu distanzieren. Von PolitikerInnen der Partei „Die Linke“ kam zum Teil überhaupt nichts. Ich stelle das als Mangel fest, dass die Distanzierung nicht so klar und deutlich erfolgt, wie sie erfolgen müsste.

#### **Dr. Wolfgang Kraushaar:**

Vor einiger Zeit hat es einen Vorfall mit einer linken Bundestagsabgeordneten gegeben, die mit einem Schal aufgetreten war, auf dem der Nahe Osten abgebildet war, allerdings ohne den Staat Israel. Und

diese Phänomene tauchen in der Partei „Die Linke“ immer wieder auf. Dort gibt es keine hinreichende Distanzierungspolitik gegenüber solchen Außenseiterpositionen. Das müsste aktiver betrieben werden. Ich möchte aber noch etwas Anderes anfügen, weil es zwei Stichworte gab, die hier in der Diskussion gefallen sind, die meines Erachtens einen besonders beunruhigen müssten, dem aber bislang zu wenig nachgegangen wurde: Das eine ist das Stichwort Debattenkultur und insbesondere die Frage, ob es nicht möglich ist, angesichts der gravierenden Rolle, die sog. Verschwörungstheorien im Umfeld der Anti-Corona-Protteste eingenommen haben, diese diskursiv auszuräumen. Ich glaube das enttäuschende Ergebnis besteht darin, dass man damit in solchen Kreisen fast immer auf verlorenem Posten steht. Man hat das ja schon bei den Pegida-Demonstrationen sehen können, dass man, wenn man versucht mit den betreffenden Widersachern ins Gespräch zu kommen, auf vehemente Ablehnung stößt.

Die eigentliche Frage lautet - und das hängt eng verbunden mit dem Thema des Antisemitismus zusammen -, ob man die eigentliche Tiefendimension überhaupt durch das bloße Gespräch erreichen kann. Und darüber hinausgehend, welche anderen Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Man müsste eigentlich von der bloßen politischen Debatte hin zu einer psychologischen Interpretation umschalten. Warum gibt es überhaupt einen solchen Drang, Sündenböcke für Dinge zu finden, die nicht so einfach zu erklären sind? Im Zusammenhang mit der aktuellen Corona-Krise scheint mir das in einer Gefahrendimension ein Phänomen zu sein, die unsere Demokratie gefährdet. Dieser Unmut entsteht in einer psychologisch bedrängten Situation und versucht diese zu kompensieren, in dem man nach Sündenböcken sucht. Und das sind dann Jüdinnen und Juden, oder als Phantasma die jüdische Weltverschwörung. Das ist das alte Klischee, das dann wieder hervorgezaubert wird. Über diese Zusammenhänge müsste man eigentlich genauer nachdenken und weiter diskutieren.

**Fazit:**

In der Diskussion wurden verschiedene Bereiche in Bezug auf das Thema Linksextremismus diskutiert. Die großen Themen waren dabei anti-demokratische Einstellungen innerhalb der linksextremen Szene, linker Antisemitismus und Terrorismus und Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu anderen Formen des Extremismus.

Es wurde deutlich, dass die Gefahr für Jüdinnen und Juden Opfer von explizitem Antisemitismus zu werden, in der aktuellen Situation von linker Seite aus deutlich geringer ist als durch Islamisten, oder Rechtsextremen. Dennoch blickt die extreme Linke auf eine Geschichte des Antisemitismus zurück, der sich auch gewalttätig artikuliert. Auch wenn die Zahl seit Jahren sehr gering ist, gibt es nach wie vor antisemitische Straftaten von links.

In der Analyse der Bedrohungslage ist es wichtig hervorzuheben, dass sich linker Antisemitismus sehr oft als „Antizionismus“ tarnt, während rechtsextreme einen eliminatorischen Antisemitismus vertreten.

Die Demokratiefeindlichkeit im Linksextremen Spektrum ist sehr hoch ausgeprägt. Man hat große Probleme Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Deshalb werden oft illegale Protestformen gewählt, die anschließend moralisch gerechtfertigt werden. Dieses Verhalten ist in einer funktionierenden Demokratie jedoch nicht zu akzeptieren.

Es scheint von einigen Beobachtern die Tendenz zu geben, dass im linken Milieu bei Gewalttaten Hemmschwellen fallen. Dies ist eine Entwicklung die genau beobachtet werden muss.